

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,
für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (8), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Zeitungs-
Morgen-Ausgabe 4-spaltig 40 A. Columnen
resp. deren Hälfte 300 M u. s. w.
Abend-Ausgabe 3-spaltig 60 A. — Reklame
3-spaltig 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. s. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 31. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. von Scholz, von Böttcher,
Dr. Friedberg u. A.

Eingegangen: Nachweisungen über die eingestellten Leistungen
aus Staatsmitteln für römisch-katholische Missionen und Geistliche.
Das Präsidium erhält die erbetene Ermächtigung, dem Kaiser,
der Kaiserin, dem Kronprinzen, der Kronprinzessin und dem Prinzen
Wilhelm die Glückwünsche des Hauses anlässlich des jüngsten
freudigen Ereignisses in der königlichen Familie auszusprechen.

Die Beratung beginnt mit dem Etat der in direkter Steuern
Kap. 5. Tit. 1—8, Einnahmen aus den Reichsteuern werden ohne
Debatte erledigt.

Zu Tit. 9 (Entschädigung für die durch die Statistik des
Warenverkehrs mit dem Auslande erwachsenden Kosten) bemerkt
Abg. Graf Kanitz (Kon.): Die Bedeutung der Statistik für
unser Handelsbilanz ist von außerordentlicher Bedeutung. Unsere
Ausfuhr ist allerdings Ende der sechziger Jahre nicht genau bekannt
geworden. Indes war in eingeweihten Kreisen bekannt, dass wir
1879 eine Unterbilanz von 1—1½ Milliarden hatten. 1881 ergab
sich dagegen nach den Angaben des statistischen Amtes eine Ueber-
bilanz von etwa 100 Millionen. Dies erschien mir außerordentlich
auffallend, und in der That überzeugte ich mich bei näherem Stu-
dium, dass dieser so außerordentliche scheinbare Aufschwung auf einer
ganz anderen Gruppierung und Auffassung der Zahlen beruhte.
Es war das eine Folge der vom statistischen Amt befolgten Theo-
rien des radikalen englischen Freihandels-Jacobiten. Aber diese Theo-
rien mögen für England passen, für Deutschland passen sie auf
keinen Fall. Ich bedauere nun in doppelter Hinsicht, dass die
Zahlen des statistischen Amtes uns kein richtiges Bild geben. Ein-
mal ist es uns dadurch unmöglich, uns über unseren Verkehr mit
dem Auslande genau zu informieren, und infolge dessen gelangen
wir auch zu keiner klaren Einsicht über die Wirkung unserer Handels-
verträge mit den fremden Staaten. Dies erschwert aber ander-
seits auch den Einblick in den bei uns noch fortbestehenden Noth-
stand. Das unser herrschendes Wirtschaftssystem richtig
ist, daran halte ich fest, und eine richtig aufgestellte
Handelsstatistik würde es trotz ihrer Neutralität auch beweisen. Ich
erkenne gern an, dass keine Statistik so viel Mühe und Sorgfalt
auf ihre Arbeiten verwendet als unsere deutsche; aber sie wird auf
ungünstige Weise beeinflusst durch die unglückliche Jacobitische Theorie.
Ich richte daher an die Regierung die Bitte, darauf hinzuwirken,
dass die Jacobitische Theorie verlassen werde.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) (fr.): Der Vorredner hat außer
Acht gelassen, dass die Warenbilanz kein vollständiges Bild von
dem Verkehrsverhältnisse eines Landes giebt. Ein Land kann recht wohl
im Warenverkehr eine Unterbilanz haben und doch infolge eines
regnen Geld- und Papierverkehrs ein recht gutes Geschäft mit dem
Auslande gemacht haben. Ich habe es überhaupt für unmöglich,
dass die Statistik uns ein richtiges Bild von unserer Bilanz
gibt. Ob man dabei die Jacobitische Theorie zu Grunde legt oder
eine andere, scheint mir ganz gleichgültig, wenn man nur stets die
selbe Art der Aufstellung beobachtet. (Sehr richtig.) Es wird infolge
der Jacobitischen Theorie allerdings der Verkehr der nichtdeutschen
Schiffe in deutschen Häfen unterschätzt; aber man vergesse nicht,
dass auch viele nichtdeutsche Waare in deutschen Häfen gehandelt
wird. Bislang hat einmal das Eidgenössische dieser Rechnung an
einem sehr hübschen Beispiel nachgewiesen. Es fahren zwei
Schiffe, mit französischer Waare beladen, aus Bordeaux. Das
erste hat billige Waare in Frankreich eingebracht, verkauft diese
in Amerika recht gut, kauft dort andere Waare, die während
der Rückfahrt erheblich im Preise steigt, und verkauft infolge
dessen diese Waare in Bordeaux zu sehr gutem Preise. Es ist
demnach nach der gewöhnlichen Aufstellung die Einfuhr eine größere
gewesen als die Ausfuhr, die Bilanz hat also ein Defizit, während
doch in Wirklichkeit Frankreich ein gutes Geschäft gemacht hat. Das
andere Schiff, mit theuren Waaren beladen, geht auf der Fahrt
unter. Das giebt eine erhebliche Steigerung des französischen Ex-
ports — in Wirklichkeit eine bedeutende Schädigung des fran-
zösischen Wohlstandes. Die Handelsbilanz giebt also kein richtiges
Bild des des Außenhandels erzielten Gewinnes. Man hat man über-
haupt nicht, dass ein erheblicher Import eine Schädigung des
Nationalwohlstandes ist? Und will man etwa mit künstlichen Mitteln
diesen Import von uns abhalten? Man würde dadurch nur die fremden
Staaten veranlassen, auch unsere Produkte von ihrem Gebiete aus-
zuschließen. Vor allem aber übersehen wir, dass der hohe Import
unserer nicht einen Schaden, sondern einen Vortheil für unseren
Wohlstand darstellt. Denn wenn unser Export nach einem Lande
niedriger ist, als unser Import aus demselben, so beweist das viel-
fach nur, dass unsere Waare nicht alle mit barem Gelde bezahlt
werden ist, sondern ebenfalls mit Waare, wobei wir recht gut weg-
kommen sein können. Man gehe also nicht gegen den Import
vor, zumal der Handelsverkehr zwischen zwei Staaten zugleich die
Kultur aller internationalen Kultur und der mächtigste Hebel der
Civilisation ist. (Beifall.)

Finanzminister Dr. v. Scholz: Ich acceptire die Anzei-
gung des Herrn Vorredners dankend, dass in unserem Vaterlande
jetzt ein viel größerer Kapitalismus und Industrie vorbanden
sei als vor Jahren. Dadurch erkennt er auch die Möglichkeit
unserer bisher verfolgten Wirtschaftspolitik deutlich an. Dem
ersten Redner gegenüber bin ich nicht im Stande, mich über die
Thatsache des Kaiserlich statistischen Amtes zu verbreiten und seine
Grundsätze zu rechtfertigen, aber gewiss ist, dass das statistische Amt
nach seiner Mission und nach dem Willen der verbundenen Regie-
rungen sein anderes Ziel verfolgt, als zuverlässige Zahlen
zu geben und die Neutralität der Statistik anstrebt zu erhalten.
Und ich kann dem Herrn Abg. Graf Kanitz nicht geben, dass an irgend
einer amtlichen Stelle die Tendenz besteht, unsere Verhältnisse
besser erscheinen zu lassen als die anderer Länder. Wenn der Abg.
Graf Kanitz dies System der Vertuschung in unserer Statistik
— ich weiß nicht, ob wir es aus England importirt haben oder
ob es hier entstanden ist — bemängelt, so wird er anerkennen müssen,
dass die Statistik sich nicht auf die Werte allein beschränkt, sondern
auch die Mengen in Betracht zieht, und dabei ist die relative Vergleichbar-
keit in völliger Sicherheit zu haben, wie überhaupt bei einer Statistik.
Ich zweifle aber nicht, dass ebensoviele, wie die Aeusserungen des
Abg. Graf Kanitz im vorigen Jahre ungenutzt geblieben sind, auch
seine heutigen Bemerkungen Unruhe geben werden zu Untersuchungen,
ob und welche Mängel in unserer Statistik bestehen und wie
sie abgeholfen werden kann.

Abg. Wittkop (natl.): Allerdings erscheint unsere Handels-
bilanz günstiger, als sie in der That ist. Das liegt ganz einfach
daran, dass bei der Einfuhr der Deklaration der Waaren die Preise
zu Grunde gelegt werden, die die Waaren im Moment der Ein-
fuhrung haben, und das umgekehrt bei der Ausfuhr die Preise zu
Grunde gelegt werden, zu welchen der Verkäufer die Waare abgibt,
also sind in dem einen Falle der Geschäftsgewinn, die Transport-
kosten u. s. w. mit eingerechnet, während umgekehrt in der Berechnung
der ausgeführten Waaren diese Preise nicht enthalten sind. Deshalb
muss die Einfuhr günstiger erscheinen als sie in der That ist.
Es ist aber eine andere Frage, ob hieraus dem Kaiserlichen stati-
stischen Amt ein Vorwurf gemacht werden kann. Eine andere Art
der Aufstellung kann nicht angewandt werden und die ganze Methode
ist auch in anderen Staaten dieselbe, wie z. B. in England und
Frankreich. Aber in einer Beziehung geben die großen Tabellen
des statistischen Amtes bezüglich der Einfuhr und Ausfuhr der Waaren
ein außerordentlich unvollkommenes Bild der Handelsbilanz zwischen
zwei Ländern, zwischen Deutschland und Brasilien oder Deutschland
und Spanien. Da ist in der Aufstellung eine Angabe über den

Kunst und Bestimmung der Waaren aufgenommen, und das führt
zu den merkwürdigsten und auffälligsten Resultaten, weil unsere
Hauptexport- und Importhäfen Hamburg und Bremen nicht zum
Vollstrecke gehören. Betrachten Sie nur unsere Handelsbilanz
zwischen Brasilien und Deutschland und zwischen Hamburg und
Deutschland. Da finden Sie eine geringe Einfuhr
von Kaffee aus Brasilien nach Deutschland und eine
sehr große Einfuhr von Kaffee aus Hamburg nach Deutsch-
land; und wenn z. B. nach China etwas ausgeführt
wird, so erscheint die Ausfuhr geringer, weil der größte Theil über
Hamburg geht. Es ist mir unverständlich, wie man durch eine
Reihe von Zahlen in unleserlichen Tabellen solche Aufstellungen hat
machen können, die ein vollständig falsches Bild der Handelsbilanz
zweier verschiedener Staaten geben. Eine Besserung wird nur mög-
lich sein, wenn Hamburg und Bremen in den Zollverein getreten
sein werden.

Abg. Graf Kanitz: Nur einige Klarstellungen zu den Auf-
führungen des Abg. Meyer. Bezüglich man unsere statistischen
Nachrichten mit dem tableau general du commerce de la
France, so findet man bei letzteren Methoden wie bei uns nicht
angewendet. In Frankreich hat man im vorigen Jahre ruhig aus-
gesprochen, dass eine Unterbilanz in Ein- und Ausfuhr von 1130
Millionen Francs pro 1885 sich ergeben hat. Bei uns geschieht
dies nicht. Der Abg. Meyer sagte auch, dass wir etwa 1 Milliarde
Mark mehr Geld im Verkehr haben, als vor zwei Jahren.
Wenn er zu dieser Erkenntnis auf Grund der That-
sachen gekommen ist, dass deutsches Kapital stärker im Aus-
lande angelegt ist, als früher, so muss ich ihm erklären,
dass ich dies nicht für ein günstiges, sondern höchst bedauerliches
Symptom halte. Unsere Zinsreduktionen sind schließlich eine traurige
Gabe, dass unser Kapital das Ausland aufsucht; ganz falsch
ist es zu sagen, dass unser Kapital wegen der Zinsreduktionen nach
dem Auslande geht. Deutsches Kapital findet leider keine Anlage-
plätze mehr in Deutschland. Das ist das Bedauerliche, und dieser
Kalamität muss abgeholfen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Ich glaube wohl, dass der Reich-
thum bei uns gewachsen ist, aber nicht, dass er schneller wächst seit
Einführung der neuen Wirtschaftspolitik. Im Gegentheil, seitdem
wächst er langsamer und wir sehen uns nach den Reichthümern der
früheren Zeit zurück. Graf Kanitz hat auf die ungünstige Handels-
bilanz Deutschlands hingewiesen, ja das werden Sie fast bei allen
Säulern finden. Dies ist aber eine außerordentlich angenehme Er-
scheinung, sie zeigt, dass wir verdient, dass wir Waaren eingebracht
haben, welche mehr werth sind, als die ausgeführten. Dies ist also
kein defekter, sondern ein sehr wünschenswerther Zustand, denn
er zeigt, dass wir vernünftig gehandelt haben. (Beifall links.)

Der Titel wird bemittelt.

Bei Titel 11, Stempelsteuern, bemerkt

Abg. Tarnow (nl.): Schon im vorigen Jahre habe ich für
eine Herabsetzung des Immobilienstempels plaidirt, ohne indeß von
der Regierung Antwort zu erhalten. Der Kaufstempel für Im-
mobilen ist seiner Höhe wegen in vielen armen Gegenden außerordentlich
Man wendet daher allerlei Manipulationen an, um dem hohen Stempel zu
entgehen. Auch der fiktive Stempel für Pachtverträge ist be-
sonders für die kleineren Pächter eine Last. Der Finanzminister
hat bis jetzt leider nichts gethan, um hier eine Reform herbeizu-
führen, trotzdem auch er bereits im Jahre 1883 die Nothwendigkeit
dieser anerkannt hat. Eine Deckung des durch die Verminderung
dieses Stempels entstehenden Ausfalls könnte sehr wohl durch eine
Reform der direkten Steuern gedeckt werden. Leider ist eine darauf
bezügliche Vorlage gescheitert. Ich bitte den Finanzminister, bald
auf dem von mir angeregten Wege Schritte zu thun.

Der Titel wird bemittelt.

Zu Tit. 16 (Hypothekengebühren im Oberlandesgerichtsbezirk
Köln) bemerkt

Abg. Mooren (Centr.) darauf hin, dass der hierfür angelegte
Betrag allein von einem Bezirk aufgebracht werde und dieser also
vor dem übrigen Staatsgebiete einen Vorzug genieße. Seit Jahren
sei der Ertrag dieser Gebühren im Steigen begriffen, was ein
Steigen der hypothekarischen Verschuldung beweise. Redner bittet
die Regierung, auf diese Verhältnisse ihr Augenmerk zu richten.

Der Titel wird bemittelt, ebenso der Rest des Glats.

Es folgt der Etat des Ministeriums für Handel und
Gewerbe.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bemittelt.

Zu Kap. 67 Titel 1 der Ausgaben: Minister ohne Gehalt,
bemerkt

Abg. Rohsen (freikons.): In keinem Lande giebt es so wenig
die Bildung junger Leute abschließende Unterrichtsanstalten, wie in
Preußen. Das Recht zum einjährigen Militärdienst ist leider
immer noch an den Besuch des Gymnasiums geknüpft. Dort lernen
die jungen Leute, die bis Sekunda die Schulbank abgeben, lauter
Sachen, die im praktischen Leben anwendbar sind. Die Folge
davon ist Dunkel und Aufgeblähsen dieser jungen Leute. Aus
diesen Kreisen rekrutiren sich dann eine große Zahl von stellungs-
losen Kommiss und von Subalternbeamten, die bei den Wahlen
oft ihre Verwandtschaft mit der Sozialdemokratie bekunden.
Im Unterrichtsministerium scheint man keine Ahnung davon zu
haben, was den jungen Leuten zum praktischen Leben Noth thut.
Denn es hat sich an den Gewerkschulen schwer verfestigt, indem
es diese Anstalten zu Tode verorganistete. Die sechsstündige latei-
nische Realschule dürfte hier wohl das einzige Mittel sein, um die be-
stehende Lücke auszufüllen. Ich möchte den Handelsminister
bitten, dahin zu wirken, dass diese Anstalten wenigstens mit
dem Recht ausgestattet werden, das ihr Abgangsgeld zum ein-
jährigen Dienst berechtigt. In Bayern giebt es eine ganze Reihe
von Industriehochschulen, die gute Resultate erzielt haben. Die For-
bildungsschulen könnten bei uns entschieden noch mehr beab-
achtet werden, wie bisher. Ich möchte die Regierung bitten, nicht bloß
Vorschläge und Voten, sondern auch anderen Provinzen die Vor-
theile erhöhter Zuzahlungen zu Theil werden zu lassen. Besonders
es ist wünschenswerth, dass in diesen Schulen die Buchführung noch
mehr wie jetzt gelehrt werde, denn deren Kenntniss ist dem Hand-
werker von großem Nutzen.

Geheimrath Häders: Der Handelsminister ist nicht in der
Lage, auf die Organisation des Unterrichts in der dem Vorredner
erwünschten Weise einzuwirken. Die sechsstündigen lateinischen Re-
alschulen können unter keinen Umständen das Recht erhalten, zum
einjährigen Dienst zu befähigen. Das Hauptgewicht hat der Vor-
redner auf Ausbildung der Fachschulen gelegt. Die Förderung dieser
Anstalten lässt die Regierung sich durchaus anlegen sein. Auch
ist der Unterricht in denselben nicht bloß den höher Gebildeten zu-
gänglich, sondern auch denjenigen, die nur Volksschulbildung ge-
wonnen haben.

Der Titel wird bemittelt.

Zu Kap. 68 Tit. 15 (Zu den Kosten der Richtungsämter)
bemerkt

Abg. v. Rauchhaupt (Kon.): Die Richtungsrevisionen geschehen
in zwei Arten, in polizeiliche und gewerbliche. Aber auch die Kosten
für die letzteren, welche von königlichen Beamten ausgeführt werden,
werden den Ortspolizeibehörden aufgebürdet. Ich kann das nicht
für berechtigt halten. Die Verwaltungsbehörden haben nun ver-
sucht, die Kosten zur Uebernahme der Kosten zu veranlassen, aber
ohne viel Erfolg. Ich möchte nun anregen, dass wir für die Be-
tragung dieser Kosten zu einem System kommen, welches nicht die
Ortspolizeibehörde belastet.

Geheimrath Hoff: Die Ausführungen des Vorredners be-
ruhen auf nicht ganz korrekten Voraussetzungen. Es ist wohl eine
Zuzahlung von Aufwänden zu den Revisionen der Polizeibehörden
vorgeschrieben, aber es ist durchaus nicht verlangt worden, dass jede
Polizeibehörde eine Aufwandsrechnung für die Revision anschaffe. Das

die Richtungsämter königliche Beamte seien, ist auch nicht ganz richtig,
sie sind zum größten Theil Gemeindebeamte und stehen nur tech-
nisch unter der Aufsicht des Richtungsamts. Das die Kosten der
Revision von der Ortspolizei getragen werden, liegt eben daran,
dass die Kontrolle der Richtung Aufgabe der Ortspolizei ist.

Abg. von Rauchhaupt ist der Ansicht, dass das bisherige
System sich auf die Dauer nicht werde durchführen lassen, nament-
lich wo eine gemeinschaftliche Revision mehrerer Polizeibehörden in
Frage komme.

Minister von Doetticher bekräftigt die Undurchführbarkeit der
bisherigen Bestimmungen. Es fragt sich allerdings, was zu geschehen
hat, wenn eine Vereinigung zwischen mehreren Polizeibehörden be-
züglich der gemeinschaftlichen Tragung der Kosten bei gemeinschaft-
lichen Revisionen eine Einigung nicht zu Stande kommt. Aber nach
Sage der Rechtsprechung unterliegt es keinem Zweifel, dass wir ab-
solut jeden Polizeibezirk gesondert zur Tragung der Kosten heraus-
ziehen können. Indes bin ich bereit, nochmals eine Erwägung dieser
Angelegenheit vorzunehmen.

Der Titel wird bemittelt.

Ueber Kap. 69 Tit. 7a (Fortbildungsschulen in den Provinzen
Posen und Westpreußen) wird auf Antrag des Abg. v. Magdalenus
(Posl.) besonders abgehandelt: die Position wird gegen die Stimmen
der Posener sowie eines Theils der Freisinnigen und des Centrums
genehmigt.

Zu Kap. 69b (Institut für Glasmalerei) macht
Referent Abg. Graf Lindburg (Zentrum) Hinweis der
Budgetkommission den Vorbehalt für die Bewilligung, dass das
Haus in Zukunft vollkommen freie Hand behält, das königliche
Institut als solches wieder eingehen zu lassen, falls es sich als für
die Privatindustrie nachtheilig zeigen sollte. Es dürften in Folge
dessen auch keine etatsmäßigen Beamten bei denselben angestellt
werden.

Abg. Goldschmidt: Ich will der Position nicht direkt
entgegenstehen, aber meine Zustimmung abhängig machen von der
Erklärung der königlichen Staatsregierung. Mein Vorbehalt
gründet sich auf die Befürchtungen der Privatindustrie für Glas-
malerei, deren Berechtigung nicht ganz abzuputzen ist. Ich habe
immer gefunden, dass da, wo eine Staatsbehörde in die Privat-
thätigkeit eingreift, die letztere immer den Kürzeren zog und durch
die Konkurrenz der Staatsbehörde, die mit Staatsmitteln arbeitet,
geschädigt wird. Die königliche Porzellanmanufaktur soll hier nicht
ins Feld geführt werden, sie hat in hundertjährigen Bestehen
außergewöhnliches geleistet und der Privatindustrie die Bahn
geebnet. Aber aus den Kreisen der Porzellanfabrikanten kommen
auch hier Klagen über die Konkurrenz des königlichen Instituts.
Es erscheint mir als bezweifel, dass das Institut, über das hier
debattirt wird, nun als Staatsanstalt auf Staatsmitteln geführt,
in weitere Konkurrenz mit der Privatthätigkeit tritt. In dem vor-
liegenden Etat handelt es sich nur um eine ganz geringe Summe,
aber später wird man mit größeren Summen kommen,
mit deren Hilfe die Privatthätigkeit eingeengt werden
würde. Meiner Ansicht nach sollte ein Staatsinstitut sich
beschränken auf das segensreiche Feld der Lehrthätigkeit,
es soll Künstler heranbilden und damit die hohe und edle Kunst
der Glasmalerei zu fördern suchen. Ich hätte am liebsten gesehen,
dass das königliche Institut verbunden würde mit den Unter-
richtsanstalten des Kunstgewerbesamts. Ich bedauere, über diesen Kern-
punkt, über die Lehrthätigkeit, über die Ausbildung junger künst-
lerischer Kräfte in dem dem Etat beigegebenen Erläuterungen Näheres
zu vernennen. Ich kann nur wiederholen, dass ich die Erklärungen der
königlichen Staatsregierung abwarten, und ich befinde mich vor, bei
der dritten Lesung Anträge zu stellen.

Geheimrath Häders: Die Regierung erklärt zunächst, dass sie
den von der Budgetkommission gemachten Vorbehalt überflüssig zu
stimmt. Die Zwecke, welche das Institut verfolgen soll, sind durch-
aus künstlerische. (Beifall.) Die Staatsregierung denkt nicht an
Konkurrenz an eine Konkurrenz gegen die Privatindustrie, wie
dies auch nie bisher der Fall gewesen ist. Das Institut soll und
wird sich einer solchen Konkurrenz erfreuen, wie die königliche Por-
zellanmanufaktur auf ihrem Gebiete.

Abg. Fricke v. Münnigerode bekräftigt die Bewilligung des
Instituts vorläufig nur als eine provisorische. Der Landtag be-
halte sich dabei freie Hand für künftig; es werden der finanzielle
Ertrag wie die künstlerischen Leistungen des Instituts, die ja be-
reits allgemeine Anerkennung fanden, dabei in Betracht gezogen
werden müssen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Mir scheint noch nicht bisher
genügend begründet zu sein, dass ein staatliches Bedürfniss vorliegt,
ein solches Institut zu haben. Erwiesen scheint mir nur, dass die
Schulverwaltung geru die Sache von sich abschütteln möchte. Das
reicht doch aber nicht hin. Dass ein solches Institut nicht zu entstehen
würde beweise ich. Bayern beweist das Gegentheil, dort florirt
die Glasmalerei seit Eingehen des königlichen Instituts. Außer
den finanziellen Bedenken giebt es staatsrechtliche sehr schwerer Art,
ich bin sogar nicht sicher, dass man nicht doch später mit Forde-
rungen auf Grund der dreißigjährigen Bewilligung kommt. Und
dann haben wir wieder einen schweren Verfassungskonflikt mit der
keinen Entlastungsbedingungen. (Heiterkeit.) Das Versprechen,
keine Konkurrenz zu machen, ist ja ganz schön, aber sie ist doch ver-
bunden, sowie das Institut Arbeiten zu billigeren Preisen abgibt.
Ich beantrage daher die Abweisung dieser Positionen.

Abg. Gremer (Zentrum) mindert, dass das Institut vor allen
Dingen künstlerische Zwecke verfolgen, unter keinen Umständen aber
Erwerbszwecke. Wenn die Entscheidung auch hier schwer zu fällen
sei, so meine er doch, dass gerade im Interesse der Privat-
industrie ein Versuch gemacht werde. Er bitte daher um
Annahme.

Abg. Dr. Kropatschek bekräftigt gleichfalls die Bewilligung.
Es handle sich um so geringe Summen, dass er den Widerpruch
des Abg. Dr. Meyer und seiner Freunde nicht begreife, während
es doch für die physikalisch-technische Reichsanstalt im Reich sehr
bereit gewesen wären, ungleich größere Summen zu bewilligen.
(Sehr wahr! rechts.) Die Rechte sollte man geru die Döcker in
Kunst und Wissenschaft, hier lassen die Döcker einmal auf der
anderen Seite. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Goldschmidt: Der Vorredner die Sache ganz verkehrt,
denn es handelt sich darum, ob wir der mit dem bisherigen Wirken
des Instituts emporgelassenen Industrie durch die Staatsanstalt
eine Konkurrenz schaffen oder nicht, oder ob der Werth als künst-
lerisches Lehrinstitut überwiegt. Von diesem Standpunkte aus
beurtheilen wir die Frage.

Staatsminister v. Bötticher: Die Befürchtung einer gefähr-
lichen Konkurrenz für die Privatindustrie ist gänzlich unbegründet;
die Anstalt hat ja als Schulanstalt schon bestanden und durch-
aus nicht befehrlichend gewirkt. Wenn die bairische Privat-
industrie der Glasmalerei mit Aufheben der königlichen Anstalt be-
sonders aufgeführt ist, so dankt sie dieses der vorzüglich erzielten
Wirkung des königlichen Instituts. Diese segensreiche Wirkung
wird auch bei uns nicht ausbleiben und Sie dürfen ihre Befürch-
tungen ruhig zurückstellen. Was die staatsrechtliche Seite der Frage
betrifft, so ist rundweg erklärt worden, dass keine etatsmäßigen
Beamten angestellt werden sollen, damit ist durchaus die Möglich-
keit gegeben, das Institut als königliches sofort wieder eingehen zu
lassen. Ich glaube, Sie werden einem wichtigen Zweig unserer
Kunstgewerbe durch Bewilligung der geringen Summe einen
großen Dienst erweisen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Der Herr Staatsminister kann
keine Erklärung darüber abgeben, wie sich ein nachfolgender Minister
dazu stellen würde; dann könnten leicht Bewilligungen eintreten.
In Sachen hat sich die Privatindustrie auf diesem Felde erst ent-
wickelt, als die Staatsindustrie aufhörte, derselben Konkurrenz zu machen.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen ohne Debatte der Rest des Etats.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums.
Die Einnahmen werden desbetheilt bewilligt.
Kap. 58 enthält die Ausgaben für die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten u.

Hr. Dr. Müllmann (nat-lib.) beklagt, daß die Regierungspräsidenten in Brandenburg und Pommern nicht das Gehalt als solche beziehen, sondern nur das der Regierungs-Vizepräsidenten. Schon im vorigen Jahre habe er einen dahingehenden Wunsch geäußert, der leider noch nicht erfüllt sei. Für die Oberregierungspräsidenten in Pommern und Brandenburg hätte man im Etat eine Funktionszulage vorgesehen, deshalb müßte auch im Interesse der Gerechtigkeit besser für die Regierungspräsidenten gesorgt werden.

Der Titel wird bewilligt.
Bei Titel 3 bebauert

Hr. Müllmann, daß die Regierung bezüglich der Anciennitätsverhältnisse der Regierungspräsidenten wieder zu dem früheren Verfahren zurückgekehrt sei, diese Beamten nur innerhalb der Regierungsbereiche aufsteigen zu lassen, nachdem während langer Zeit eine Durchdringung durch die ganze Monarchie versucht worden sei.

Unterstaatssekretär Meißner erklärt, daß dieser Versuch wegen verschiedener Unzulänglichkeiten wieder aufgegeben worden sei. Die Regierungspräsidenten hätten gleichwohl die Befugnisse, die Subalternbeamten anzustellen, und dieses Recht würde durch die Durchdringung der Beamten in der ganzen Monarchie beschränkt werden. Außerdem seien die Beamten selbst nicht geneigt, sich an ihren gewohnten Verhältnissen zu lassen.

Der Rest des Etats wird darauf desbetheilt genehmigt.
Es folgt der Etat der Justizverwaltung.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt.
Bei Kap. 71 Ministergehalt wünscht

Hr. Seydewitz (Magdeburg, nat-lib.) für seinen Wohnort Krefeld die Errichtung eines Landgerichts, welches in einer Stadt von 100 000 Einwohnern gewiß auf Mängel und in dem stark bevölkerten, industriellen Bezirk durchaus notwendig sei.

Unterstaatssekretär Meißner: Die angeregte Frage ist bereits mehrfach erörtert, die Errichtung eines eigenen Gerichtsbezirks steht aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Es sind bereits Verträge über die Sache von den Oberlandesgerichten in Hamm und Köln gefordert und eingegangen, diese befinden sich aber zunächst bei dem Ministerium des Inneren zur Prüfung.

Hr. Wiesenbach (Centr.) hält den Wunsch der Stadt Krefeld auf den Besitz eines eigenen Landgerichts für erklärlich, indessen würde es an einem Sprungel für das Gericht fehlen. Die Errichtung eines Landgerichts Krefeld würde nur möglich sein, wenn man das Landgericht Elberfeld und dessen Sprungel an Krefeld überweise. Das würde aber schwerlich angehen und den Wünschen des Bezirkes Elberfeld durchaus widersprechen. Auch sei das Bedürfnis für die Errichtung eines Landgerichts Krefeld gar nicht so groß, da Krefeld bereits eine Strafkammer und ein Handelsgericht habe.

Hr. Schmieding (nat-lib.) regt die Errichtung eines Landgerichts in Bochum an.

Geheimrath Schmidt: Die Frage der Errichtung eines Landgerichts Bochum ist bereits im vorigen Jahre erörtert worden. Die eingehenden Berichte sind vom Justizminister geprüft worden und lassen einen günstigen Erfolg für die Stadt Bochum erwarten.

Hr. Mündel (fr.): Als Mitglied der Berliner Anwaltskammer will ich in Bezug auf einen Gegenstand die Regierung um Auskunft bitten, ich meine den Gesetzentwurf, welcher in dem Reichstage eingebracht werden sollte, und der eine Herabsetzung der Anwaltsgebühren bezweckte. Das Gesetz war mit allerlei statischen Notizen begründet, aber unter allen Dingen, welche Anstalt über die bezüglichen Fragen ertheilen konnten, sind diejenigen, welche dies am besten thun konnten, die Anwälte, gar nicht gefragt worden. Das ist ganz entgegen der sonst in Preußen üblichen Vorgangsweise für die Interessenten eines Gegenstandes. Zu der That bedrohte der Gesetzentwurf in zahlreichen Fällen die Existenz der Rechtsanwaltschaft, und viele Personen, welche im Vertrauen auf das Wohlwollen dieser Berufsgruppe hatten, haben sich nun, ohne auch nur gefragt zu werden, in ihrer Existenz bedroht. Bei der Festlegung der Gebühren mußte es die Anwälte wissen, daß sie zu erhöhen. Nun hat das Gegenteil geschehen sollen, nur der Justizminister in seine Einnahme zu haben auf Kosten der Advokatur. Ich bin persönlich an dieser Sache anständig uninteressiert, aber mich interessiert die Art und Weise, wie man sich über das Interesse meiner Standesgenossen hinwegsetzt hat, und ich hätte gern den Herrn Minister gefragt, weshalb man von preussischer Seite allen sonstigen Traditionen gegenüber diejenigen, die man hat treffen wollen, nicht gefragt hat. Auf das Gesetz selbst will ich nicht eingehen, es enthält Unzulänglichkeiten, mit denen sich das hohe Haus nicht befassen kann.

Ich habe nun noch etwas zu erwähnen. Ich entsinne mich eines Prozesses, der im Reichstage Ansehen machte, noch ehe er angefaßt war, weil sich einer der Kollegen des Justizministers, der Minister des Innern, damals für die Hauptperson des Prozesses interessierte. Es handelte sich um Beschlagnahmen, die angeprochen waren gegen einen Geheimpolitiker. Der Mann hieß Spring, man kennt ihn besser unter dem Doppelnamen Spring-Weiß. Es wurde damals behauptet, daß dieser Mann Dinge gethan habe, die man im Reichstage faßte. Der Minister des Innern nahm sich des Spring-Weißes warm an, der sich einen falschen Namen beilegte und spionierte hatte, und dieser Mann fand einen solchen Glauben beim Minister, daß, als man erklärte, der Mann habe gelogen, der Minister ihm ohne Weiteres glaubte, und die Anderen wegen Verleumdung in Anklage verfielen. Die Anklage wurde verhandelt, das Gericht nahm aber die Beschuldigung, daß Spring-Weiß eine Majestätsbeleidigung gethan habe, als erwiesen an und sprach die angeordneten Verurtheilung frei. Das nun gegen den Majestätsbeleidiger von der Justiz eingeschritten sei, davon hat man nichts gehört. Ich will zwar nicht, daß der Herr Justizminister die Staatsanwaltschaft zu einer größeren Thätigkeit anweist. Es ist aber berichtet worden, daß die Anklage dieses Prozesses von dem Herrn Justizminister eingebracht sei. Hat er sie gelesen und daraus entnommen, wie sehr man das Recht nur nach einer Seite verfolgt hat, kann verlangt das öffentliche Recht wohl, daß ihm auch nach der anderen Seite Genüge geschehe, und wenn es wahr ist, was ich allerdings nicht weiß, daß die Akten im Justizministerium gelesen seien, möchte ich wissen, was in Folge dessen der Herr Justizminister gethan hat oder etwa noch nach reiflicher Überlegung — die Sache ist schon etwas lange her — zu thun gedenkt.

Ich habe noch etwas Drittes auf der Seele. Man sagt — ich zweifle, daß ich hierfür bereit bin, dem Minister oder einem seiner Vertreter den betreffenden Namen zu nennen, werde ihn aber hier nicht nennen — man sagt, daß folgender Fall vorgekommen wäre. In einer größeren Stadt Preußens, die ein Landgericht und ein Oberlandesgericht hat, lebt ein angesehener Rechtsanwalt, der den Fehler hat, Mitglied eines deutsch-freimüthigen politischen Vereins zu sein. Er ist nicht Notar. Der Präsident — ich weiß im Augenblick nicht, ob der Landgerichts- oder der Oberlandesgerichtspräsident — wünschte wohl, ihm diesen Vorzug zu verschaffen. Er soll ihm gesagt haben (Nun rechts: Ja!) — ja, n. S., ob es wahr ist, läßt sich ja unteruchen und ich bin bereit den Namen zu nennen, er soll gesagt haben, daß er ihn nicht vorschlagen könne zu dieser Beförderung, wenn er nicht vorher aus diesem Verein austritt. (Hört! Hört! links.) Das führt zu der allgemeinen Betrachtung, ob es wahr sein sollte, daß im Justizministerium zur Beförderung der richterlichen und anwaltlichen Beamten — ich will sie einmal so nennen — außer dem Grade der Befähigung es noch andere Verhältnisse giebt, die jemand zu einem Amt verhelfen. Ich stelle damit in Verbindung die Frage, ob es auch im System der Strafe noch andere Motive giebt, als die Schwere des Vergehens. (Anrufe rechts.) Wir haben z. B. eine Strafe für Richter. Ich denke an zwei richterliche Fälle. Da erkennt das Gericht auf Zulässigkeit der Zwangsverlegung mit oder ohne Dienstentlohnung — Einkünfte oder mit oder ohne Vermögensverlust — Entschädigung. Das stellt das Prinzip fest, die Ausübung liegt in der Hand des Justizministers. Ich kenne nun einen Fall, da war ein Richter wegen eines mir nicht schwer erscheinenden Dienstvergehens zur Strafverlegung verurtheilt worden. Er kam aus der unmittelbaren Nachbarschaft Köln und die unmittelbare Nachbar-

schaft von Königsbühl hat ihn jezt. Der Sprung ist groß. Ich kenne einen anderen Fall, da ist der Straferweise Richter in Schleswig-Holstein ganz in der Nachbarschaft geblieben, man hat es ihm ganz bequem gemacht und diesen Fall hat man nicht für leicht gehalten, auch die Herren da drüben nicht. Nun weiß ich ja, daß man da wohlmeinlich von Köln zu Köln vorgehen muß; wahrscheinlich war für den unglücklichen Richter nur die Stelle im Königsbühl offen und für den anderen nur die in seiner Provinz. Das kann sein. Deswegen ist die Versicherung, daß es sich bloß darum handelt, kann bis ich ankommen; kann sie aber nicht gegeben werden, dann würde ich dankbar sein für eine Kundmachung der etwa anderweitigen Motive, von denen ich nicht glauben kann, daß sie sich ihrer Natur nach unserer Kenntnis entziehen. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär im Justizministerium Meißner: Aufgeführt: Die erste vom Abg. Mündel zur Sprache gebrachte Angelegenheit, betreffend das Reklamation für die Rechtsanwaltschaft, kann ich die Erklärung abgeben, daß meines Wissens die Rechtsanwaltschaft über die einschlägige Frage zu Äußerungen veranlaßt worden sind und daß diese Äußerungen bei Aufstellung des Gesetzentwurfs berücksichtigt worden sind.

Was den zweiten vom Abg. Mündel angeregten Punkt, den Spring-Weiß'schen Prozeß, anlangt, so sind die bezüglichen Akten niemals im Justizministerium gewesen. Die Annahme des Vorredners gründet sich wahrscheinlich auf Zeitungsnachrichten, die damals durch die Welt gingen, die aber unrichtig sind. Was den dritten Punkt betrifft, so ist von einer Verurteilung eines Oberlandesgerichts-Präsidenten oder Landgerichts-Präsidenten an einem Orte, der mit einem Oberlandesgericht gleichzeitig ein Landgericht besitzt, daß der betreffende Rechtsanwalt, um Notar zu werden, aus einem politischen Grunde ausschließen müßte, im Justizministerium nichts bekannt. (Hört! Hört! rechts.)

Was endlich die zur Sprache gebrachte Verurteilung zweier Richter anbelangt, so kann ich bezüglich des rheinischen Richters die Erklärung abgeben, daß die erwähnten Verhältnisse unbedingt erforderlich, denselben aus der Provinz, wo er bisher gelebt, weit weg zu bringen. Was den zweiten angeordneten Richter anbelangt, so kann ich bezüglich dessen die Erklärung abgeben, daß damals in der That keine andere Stelle vakant war. (Heiterkeit.)

Hr. Korff (Centr.): Die Frage der Rechtsanwaltsgebühren gebührt nach meiner Auffassung garnicht hierher, sondern in den Reichstag. Im Uebrigen hat sich ergeben, daß der Abg. Mündel und Dinge vorgebracht hat, welche Zeitungsnachrichten entnommen sind. Das Wort habe ich hauptsächlich deshalb erbeten, um auf Grund meiner amtlichen Erfahrungen wiederholt Zeugnis dafür abzulegen, daß die Vorschriften unserer Prozeßordnung in Bezug auf Vorbereitung und Einzelvernehmung das Ansehen des gerichtlichen Eides aufs äußerste schädigen. Der vorerwähnte Herr wird entweder befangen oder dazu gebracht, unter Geheißpflicht gemacht Angaben zu widerrufen. (Auf links: Reichstag.) Nun ich bin von meinen politischen Freunden gebeten worden, die preussische Regierung zu erfragen, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Vor- und Einzelvernehmung aufhört. (Beifall rechts.) Das dürfte Vereinen hat sich jetzt zu der Sache gefügt, daß die Anwälte und selbst Richter bei der Vernehmung sitzen bleiben. Ich glaube, die Sache liegt und hier allen gleich am Herzen. — Ich möchte ferner noch die Befreiung der ersten Gerichtsschreiber an den Landgerichten anregen. Dann möchte ich empfehlen, daß die Zahl der ständigen Hilfsarbeiter bei den Staatsanwaltschaften verringert werde und dafür eine weitere Umwandlung in etatsmäßige Stellen erfolge.

Darauf verlegt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 12 Uhr (Justizetat, Etats des Extraordinariums der Landwirtschaft und der Kriegsverwaltung.) Schluß 4 Uhr.

* Berlin, 31. Januar.

Der bisherige Abgeordnete Deichhäuser hat an seine Wähler im 2. hiesigen Wahlkreise eine Ansprache erlassen, aus welcher wir, als besonders schlagend, Folgendes hervorheben:

Das Septennat, die siebenjährige Festsitzung der Friedenspräsenz, entstand im Jahre 1874 im Wege eines schmerzlichen Augenblicks der Reichsregierung an die damals noch von ruhigen, besonnenen Votenoten bestrittenen linke Seite des Reichstags. Diese Festsitzung war aber nicht willkürlich getroffen, sondern entsprach der Dauer der Heerespflicht in Linie und Reserve und wurde damals, und wird noch heute, von allen militärischen Autoritäten, den großen Schachtfeldern der Moltke an der Spitze, als das geringste zulässige Zeitzmaß für die Statistiken unserer militärischen Organisationen und Festigung unserer Wehrkraft angesehen. Im Jahre 1880 wurde das Septennat gesetzlich erneuert und heute, wo düstere Wolken den politischen Horizont verdunkeln, wo der größte und friedliebendste Staatsmann Europas sorgenvoll in die Zukunft blickt, wo unter Selbstaufopferung seinen letzten Herzenswunsch in die Waagschale wirft, wo jeder ausbrechende Krieg sich zum Würger der Menschheit und Deutschlands Einheit und Größe gestalten würde, — heute vertritt die Mehrheit des Reichstags, unter dem jubelnden Zuruf oder der heiligen Schandenrede oder auswärtigen und inneren Feinde, das Kompromiß von 1874! Dies ist die wahre politische Signatur des Votums vom 14. Januar, welches die Heilnehmer des unseligen Mehrheitsbeschlusses jezt gern an einer unbedeutenden arithmetischen Differenz stempeln, die Auflösung des Reichstags dem Mangel an Entgegenkommen, einem Eigennutze der Reichsregierung in die Schuhe schieben möchten. Aber auch die Bewilligung der geforderten Verstärkung an Mannschaften und Gebets: folgte nur zögernd und widerwillig unter dem Druck der öffentlichen Meinung, und die dreißigjährige Bewilligung wurde erst angelehnt, als es positiv feststand, daß die Reichsregierung unbedingt an dem Septennat festhalte und im Falle der Nichtannahme den Reichstag auflösen werde. Und gegenüber der Finkerei des Centrumsführers, die Mehrheit habe „jeden Mann und jeden Großen“ bewilligt, brandt man nur die Thatfache hervorzuheben, daß die Vernehmung der Heereskräfte aus der Multiplikation der erhöhten Einstellungsdifferenz mit den Jahrgängen, für welche die Bewilligung erfolgt, hervorgeht. Die erwähnte Reichstagsmehrheit hat also nur einen Zuwachs von 3 Jahrgängen oder etwa 40 000 Mann bewilligt, während die Reichsregierung 7 Jahrgänge oder etwa 100 000 Mann verlangte. Reicht das „jeden Mann und jeden Großen“ bewilligen, wenn man nicht einmal die Hälfte des Geforderten zugeht? Und ist etwa denkbar, daß nach 3 Jahren unsere politische Stellung Frankreich gegenüber sich soweit verändert haben könnte, um an Wiederabrüstung zu denken? Oder was sollte sonst die Reichsregierung bewegen, ihren guten, auf das Septennat-Kompromiß, auf die militärische Nothwendigkeit und die gefährdende politische Lage begründeten Standpunkt freiwillig aufzugeben, um nach drei Jahren abermals mit einer verhassten Opposition um die Majorität zu wetteifern? Es ist ein billiges Vergnügen, sich in das fadenförmige Mäntelchen der formalen Wahrung der Volksrechte zu hüllen. Die Ausnutzung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung kann niemals Selbstzweck sein; sie muß stets im Dienste der Sache und vor allem des Vaterlandes stehen. Es kann patriotische Pflicht sein, diese Rechte im gegebenen Fall voll und ganz, es kann ebensoviele Pflicht sein, sie nur mit weiser Einschränkung in Anspruch zu nehmen. Auch wir beauern es in tiefem Herzen, dem Volke in der verstärkten Aushebung und dem erhöhten Militäretat neue Lasten aufzulegen zu sehen. Aber wo es die Sicherheit und Ehre des Vaterlandes gilt, da können wir kein Reifeln und Markeln, da nimmt ein treues Volk gern und willig die Lasten auf sich, die ihm jene großen nationalen Güter, die ihm den Frieden sichern sollen. Was sind denn jene Verheißungen im Vergleich zu den Folgen eines unalltlichen Krieges, der unsere Thüren verwüsten, unsere Gewerbe vernichten, unsere Finanzen gerüthen und das mit dem Mute von Tausenden unserer Brüder so theuer erkauften Gebäude deutscher Einheit und Größe zertrümmern würde! Und so ist auch Gott sei Dank die Strenge unseres Vaterlandes noch nicht angegriffen, um diese Erhöhung der Lasten nicht tragen zu können, wie denagelichte Heuschrecken dem Volke vorzuspielen will.

Wir haben uns zu den bevorstehenden Wahlen mit den beiden konservativen Parteien des Reichstags über ein Wahlbündel geeinigt. So wenig wie bei den Konservativen, so wenig bedeutet dies auch bei den National-Liberalen ein Aufgeben unserer bisherigen politischen Ansichten, ein Verleugern unserer alten Parteipro-

gramme. Wir haben mit den Konservativen manchen, und schwerlich den letzten Strauß ausgetauscht; dies bedingt die Natur des Verfassungslebens. Wenn wir haben auch Großes zusammen gebracht, haben von der Verfassung des Deutschen Reiches und den Zuständen an bis zu den Krankenkassen- und Unfallversicherungssachen in den weiten großen und grundlegenden Fragen auf derselben Seite gestanden und durch gegenseitiges Nachgeben, im Vereine mit der Reichsregierung, die fruchtbringende Thätigkeit des Reichstags gefördert, ja geradezu ermöglicht. Wir hoffen Gleiches auch von der Zukunft. Denn wir haben mit den Konservativen den Standpunkt gemein, daß uns das Vaterland hoch über den Programmen der Parteiprogramme steht.

Die Liberalen so wenig wie die konservativen Wähler mögen also der Verdächtigung Glauben schenken, als seien die drei Parteien durch das abgeschlossene Wahlbündel ihren bisherigen Grundrissen irgendwie unterworfen worden. Was insbesondere die ausgeführte Verdächtigung betrifft, als werde eine Majorität für das Septennat zu Brantwein- und Tabaksmonopolen und zur Marktbedrückung der Verfassung führen, so haben hierauf sowohl Fürst Bismarck am 24. d. M. im preussischen Abgeordnetenhaus als mein verehrter Freund v. Bennigsen in seiner Rede in Hannover vom 23. d. M. so schlagende, mir aus der Seele gesprochene Antworten ertheilt, daß es überflüssig wäre, hier nur ein Wort hinzuzufügen. Wir National-Liberalen haben alle Ursache, gerade aus Anlaß des gegenwärtigen Konfliktes unsere alte Fahne des gemäßigten und vor allem des nationalen Liberalismus hoch zu halten. Denn auf unsern Schultern allein ruht jezt die Aufgabe, diese Grundfeste mit Mühsal und Festigkeit zu vertreten, nachdem die freisinnige Partei, so wie sie wenigstens im letzten Reichstag vertreten war, dieses Mandat durch ihren Uebergang vom positiven Liberalismus zum negativen Radikalismus verwirrt hat und zu den Ultramontanen und Welsen, den geschworenen Feinden deutscher Geistesleben und deutscher Einheit, in ein Bündniß oder vielmehr Abhängigkeitsverhältnis getreten ist, welches ihr die freie Bewegung auf dem Boden positiver liberaler Grundfeste fernerhin unmöglich macht. Und was hat es für eine Bedeutung im praktischen parlamentarischen Leben, wenn eine freisinnige Partei die Vertheilung ihrer Grundfeste den Liberalen, Welsen oder Sozialdemokraten gegenüber betont, während sie fast ausnahmslos mit allen diesen Parteien in gefälliger Opposition gegen den Reichskanzler Schuler an Schulter steht und stimmt! Unter Leitung der niedergekommenen alten Führer von Bennigsen und Miquel gehen wir mit freudiger Zuversicht in den Wahlkampf; das Volk wird uns und unsere gute Sache nicht in Stich lassen.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht:

den nachbenannten Beamten im Ressort des Auswärtigen Amtes die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen fremderelichen Ordens-Insignien zu ertheilen, und zwar: des Groß-Offizierskreuzes des Ordens der königlich italienischen Krone: dem kaiserlichen General-Konful für Kairo, Legationsrath Grafen von Arco-Valley; des Ritterkreuzes des kaiserlich österreichischen Franz-Joseph-Ordens: dem kaiserlichen Konful in Batavia, Schöff; der großherzoglich sächsischen Medaille für Gewerbe und schöne Künste: dem Reichskonsul Dr. Mühlhölz bei der kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel; sowie des Ritterkreuzes des königlich spanischen Ordens Isabella der Katholiken: dem Legationskonsul bei der kaiserlichen Botschaft in Madrid, Legationsrath Schneider.

Der durchlauchtigste Herrnkämmerer des Johanniter-Ordens, Prinz Albrecht von Preußen, königliche Hoheit, hat den Reichstatter: General-Feldmarschall, Chef des Generalstabes der Armee und Chef des kaiserlichen Grenadier-Regiments (1. Bannwieder) Nr. 9, Helmuth Carl Bernhard Grafen von Moltke, nach Ausübung der erfolgten Zustimmung des Ordens-Kapitels, zum Ehren-Kommendator des Johanniter-Ordens ernannt.

Deutsches Reich.

Der Post-Inspektor Schürffenberg in Berlin ist zum Geheimen erpedirenden Sekretär und Kalkulator im Reichs-Postamt ernannt worden.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Polizei-Präsidenten Devens zu Königsberg zum Ober-Regierungs-Rath, den Polizei-Präsidenten Dr. von Strauß und Lorenz in Wiesbaden zum Mitglied des Verwaltungs-Rathes in Preußen und zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Bezirk dieser Behörde mit dem Titel Verwaltungsraths-Direktor auf Lebenszeit, den Landrath von Solwebe zu Jäger zum Regierungs-Rath, und den bisherigen Wirt-Kooperator und Rektor der Realschule zu Goch, Kreisrath Klere im Regierungsbezirk Düsseldorf, Oskar Oppitz, zum Seminar-Direktor zu ernennen; sowie dem Ober-Postkommissar von Sturmeyer in Kassel bei seinem Scheiden aus dem Dienst den Charakter als Rechnungsrath und dem praktischen Arzt Dr. Manuabim Laube zu Kassel den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Dem Seminar-Direktor Oppitz ist das Direktorat des Lehrerbildungs-Seminars in Kanten verliehen worden.
Dem Ober-Regierungs-Rath Devens ist die Stelle des Direktanten der Finanz-Abtheilung bei der Regierung in Trier übertragen worden.

Neueste Nachrichten.

C.T.C. Neuf a. Rh., 31. Januar. In einer gestern Nachmittag hier stattgefundenen Besonderen Versammlung von Reichstagswählern aus dem Wahlkreise Neuf-Grevenbroich, welche dem Septennat zustimmten, wurde beschlossen, dem bisherigen Abgeordneten von Dalmig, welcher gegen das Septennat stimmte, einen anderen katholischen Kandidaten in der Person des aus dem Kreise Neuf gebürtigen Oberlandesgerichtsraths Saurland in Solmar entgegenzustellen. Die Kandidatur wurde einstimmig acceptirt, und die Versammlung trennte sich unter stürmischen Hoch auf den erhabenen Schutz- und Schirmherren des Deutschen Reichs.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: „Die deutschen Behörden und namentlich das Auswärtige Amt erhalten fortgesetzt aus den verschiedenen Theilen des Reichs und auch aus dem Auslande zahlreiche Gesuche um Anstellung, Verwendung oder Anstellung in den unter deutschem Schutz stehenden überseeischen Gebieten, um kostenfreie Beförderung nach Deutschland, um Anstellung zum Militärdienst dafelbst, bezw. um Beilegung und Auskunftsvertheilung über die dortigen Verhältnisse. Es ist wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß das Reich Stellen in den Schutzbereichen nicht mehr zu vergeben hat, und daß Unterthänigen zur Liebesbedingung dorthin um so weniger gewährt werden können, als überhaupt nicht die Absicht besteht, eine Anwanderung nach jenen Gebieten zu lenken. Auch steht in den Kolonien kein Militär zu genügen. Die Behörden befinden sich somit nicht in der Lage, den Gesuchen der erdhäutigen Art irgend welche Folge zu geben.“

Universitätsnachrichten.

Tübingen, 21. Januar. Vor einigen Tagen promovierte hier ein geborener Athener, Professor Dr. Philippides, der wolle drei Jahre an unserer Hochschule Geschichte studirt hat. Schon während dieser Zeit bekannt geworden durch zahlreiche geographische und historische Artikel in den Verica von Brockhaus und Meyer, hat er jezt eine hervorragende Schrift über „das alte Makedonien“ veröffentlicht, die in den Fachkreisen Aufmerksamkeit erregt. Demnach wird Dr. nach Athen überfiedeln, um an der dortigen Hochschule als Professor der Geschichte zu fungieren.

Verantwortliche Redakteure K. Dornburg in Berlin.
Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. G. Köbner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Reinung Dr. F. Salomon in Berlin.